| | 1. Bedeutung von Jazz und improvisierter Musik | 2. Lebens- und Arbeitsbedingungen von JazzmusikerInnen | 3. Angemessene Vergütung | 4. Soziale Absicherung | 5. Öffentliche Förderung | 6. Spielstätten | 7. Bildung und Lehre | 8. House of Jazz |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | *Welche Bedeutung haben für ihre Partei Jazz und improvisierte Musik? Welchen künstlerischen und gesellschaftlichen Stellenwert nimmt Jazz im Vergleich zu anderen Künsten ein?* | *Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur nachhaltigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Jazzmusikerinnen und -musikern in Deutschland?* | *Die u.a. vom Bund geförderte Jazzstudie 2016 hat ergeben, dass mehr als zwei Drittel der JazzmusikerInnen in Deutschland aus ihrer musikalischen Tätigkeit ein Jahreseinkommen von nur max. 12.500 € erzielen.[1] Welche Pläne hat Ihre Partei, eine angemessene Vergütung von MusikerInnen – insbesondere bei öffentlich geförderten Veranstaltungen – sicherzustellen? Welche Rolle spielen dabei Mindestgagen, wie sie Musiker gemeinsam mit Veranstaltern fordern?[2]* | *Wie kann eine bessere soziale Absicherung für MusikerInnen, insbesondere im Sinne einer angemessenen Existenzsicherung im Alter erreicht werden?* | *Wie bewerten Sie die aktuelle Situation der Bundesförderung für Jazz und improvisierte Musik? Wie können bestehende Förderinstrumente verbessert und spezifische fehlende Instrumente geschaffen werden?* | *Welche Pläne verfolgt Ihre Partei zum Ausbau der öffentlichen Förderung von Spielstätten für Jazz und improvisierte Musik? Welche Rolle können bestehende öffentlich geförderte Spielstätten in anderen Bereichen dabei spielen? Soll die Erhöhung des Spielstätten-Programmpreises APPLAUS auf 2 Millionen Euro verstetigt werden?* | *Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Repräsentanz von Jazz und improvisierter Musik in Lehrplänen allgemeinbildender Schulen bei? Welche Pläne haben Sie zur Reduzierung prekärer Arbeitsverhältnisse in der Lehre an Musikschulen und Hochschulen?* | *Setzen Sie sich für ein House of Jazz ein, so wie es von Till Brönner und den Jazzverbänden mit ihrem gemeinsamen Konzept gefordert wird?* |
| CDU CSU | Für CDU und CSU ist der Jazz ein äußerst vielfältiges und anspruchsvolles Genre – sowohl für die Musiker als auch die Zuhörer. Das macht den Jazz zu einem wichtigen Bestandteil unserer Kulturlandschaft. | *Siehe Frage 3* | *Antwort Frage 2 und 3:* Wir haben seit Beginn der unionsgeführten Bundesregierung die große Bedeutung von Jazz für unsere Kulturnation erkannt und bereits erfolgreiche Förderinstrumente ins Leben gerufen. Dazu zählt seit 2008 die „Initiative Musik", deren Finanzierung von 1,5 Millionen Euro auf inzwischen 5,5 Millionen Euro enorm gewachsen ist. Auch mit dem Spielstättenprogrammpreis „APPLAUS", bei dem die Hälfte der Preisträger Jazzclubs sind, honorieren wir seit 2013 die Jazzmusiker und Jazzmusikerinnen. 2016 wurde der Musikfonds in Höhe von jährlich 1,1 Millionen Euro gegründet, über den auch nicht- kommerzielle Jazzer gefördert werden können. Die weltweit größte Fachmesse „jazzahead" wird seit 2015 aus dem Kulturetat des Bundes gefördert, um die Qualität und die Vielfalt der deutschen Jazzszene noch stärker ins öffentliche und internationale Rampenlicht zu rücken. Diese Fördermaßnahmen wollen wir mindestens verstetigen.<br>Die Initiative der Bundeskonferenz Jazz zur Erfassung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Jazzmusikern und Jazzmusikerinnen in Deutschland haben wir sehr begrüßt und mit Bundesförderung unterstützt. In Auswertung dieser Studie gilt es mit allen Akteuren Wege zu finden, die Bedingungen zu verbessern, Aspekte wie eine stärkere Professionalisierung von Live-Auftritten, Förderung von Netzwerkbildung und Festlegung von Mindesthonoraren fließen dabei mit ein. Grundsätzlich sollen Künstlerinnen und Künstler von ihrer künstlerischen Arbeit leben können. | Musiker, und so auch Jazzmusiker, finden besondere Berücksichtigung in unseren sozialen Sicherungssystemen.<br>Die Künstlersozialversicherung ermöglicht freischaffenden Künstlern und Publizisten einen Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Im Gegensatz zu freiwillig versicherten Selbständigen zahlen sie dort nur einen dem Arbeitnehmeranteil entsprechenden Beitrag. Die KSK stockt die Beiträge auf aus einem Zuschuss des Bundes (20 %) und aus Sozialabgaben von Unternehmen (30 %), die Kunst und Publizistik verwerten. Davon können mithin auch Jazzmusiker profitieren. Der Abgabensatz zur Künstlersozialversicherung konnte durch das von uns auf den Weg gebrachte Gesetz zur Stabilisierung der Künstlersozialversicherung 2017 um rund 4,8 Prozent gesenkt werden.<br>Wir werden prüfen, wie die soziale Absicherung von Jazzmusikern - über die wirksame Reform der Künstlersozialversicherung hinaus – besser gelingen kann. Speziell für die Fragen zur Altersabsicherung wollen wir eine Regierungskommission unter Beteiligung der Sozialpartner bilden, um Altersarmut künftig zu vermeiden.<br>Auch im Bereich der Vermittlung von Jazzmusikern können diese auf die Sozialversicherung zählen. Die ZAV-Künstlervermittlung ist eine Service-Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit unter dem Dach der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV). Die ZAV-Künstlervermittlung vermittelt Einzelmusiker, Orchester und Bands. | CDU und CSU sind überzeugt, dass der Jazz eine spezifische Förderung braucht. Diese bietet die Bundesregierung bereits mit der „Jazzstudie 2016", mit der „Initiative Musik" und mit dem neuen Musikfonds, in dem der nicht-kommerzielle Jazz bewusst als Genre zeitgenössischer Musik verstanden wird. Die noch recht junge Initiative Musik ist eine echte Erfolgsgeschichte, die wir weiter fortschreiben wollen. | Für den „APPLAUS", den Programmpreis für unabhängige Spielstätten, stehen seit 2013 je 1 Mio. EUR, im Jahr 2017 2 Mio. EUR zur Verfügung. Damit konnten seit 2013 jährlich 55-65 Preisträger ausgezeichnet werden. Außerdem konnte 2016 in 213 Clubs die Digitalisierung der Aufführungstechnik gefördert werden (mit 2,5 Mio. EUR). Dieses Förderprogramm läuft auch 2017 weiter. | Entsprechend der Ordnung des Grundgesetzes sind die Bundesländer für die Schulpolitik und damit auch für die Lehrpläne zuständig. Laut den einschlägigen Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz sind Kunst und Musik in allen Schularten und Bildungsgängen des allgemeinbildenden Bereichs Pflicht- oder Wahlpflichtfächer. Darüber hinaus treten CDU und CSU dafür ein, dass die Teilhabe an kulturellen Angeboten zu einem festen Bestandteil des schulischen Bildungssystems wird. Dazu gehören auch Möglichkeiten der direkten Begegnung mit Künstlerinnen und Künstlern sowie das Erlebnis von Proben und Aufführungen. Dies schließt die zeitgenössische Musik ausdrücklich ein. | Die Überlegungen für ein „House of Jazz" bestehen schon seit der letzten Legislaturperiode. Die Bundesregierung hat daraufhin eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die seit November 2016 vorliegt. CDU und CSU setzen sich weiter für das Projekt ein und werden dieses in enger Absprache mit den Ländern zu möglichen Standorten weiterverfolgen. |
| SPD | Für die SPD ist Jazz und improvisierte Musik ein wichtiger Bestandteil von und Kunst und Kultur. Sie fördern Kreativität, gesellschaftliche Werte und vermitteln Ziele, schaffen Identität und ermöglichen Identifikation. Das gilt für die Musikszene im Allgemeinen und gerade auch für den Jazz und improvisierte Musik.<br>In Deutschland existiert das größte Netzwerk von Jazz-Spielstätten in Europa. Deutsche Großstädte wie Berlin, Köln und Hamburg zählen zu den wichtigsten Jazz-Metropolen weltweit. In Spielstätten wie Clubs, bei Initiativen, Konzertreihen und Festivals wird die Musik vielfältig praktiziert. Der hohe Stellenwert von Jazz und improvisierter Musik zeigt sich auch dadurch, dass es deutschlandweit sechszehn Musikhochschulen gibt, die Jazz und improvisierte Musik als eigenständige Studiengänge anbieten. Dazu kommen zahlreiche hochdotierte Preise und Stipendienprogramme, Nachwuchswettbewerbe und die Tatsache, dass es eigene öffentlich-rechtliche Rundfunksender gibt, die Jazzmusik verbreiten. | *Siehe Frage 4* | *Siehe Frage 4* | Antwort Frage 2, 3 und 4: Wir stehen an der Seite der Künstlerinnen und Künstler. Wir werden ihre Rechte stärken und sie sozial besser absichern. Sie müssen von ihrer Arbeit leben können. Wie eine Vielzahl von Studien belegen, bleibt die Situation von freischaffenden Künstler*innen generell schwierig. Für die öffentliche Hand besteht eine Verantwortung in der Kulturförderung.<br>Bei Bundeskulturförderungen werden wir für gerechte Vergütungsregeln sorgen. Der Bund und die Kultureinrichtungen des Bundes müssen dabei mit gutem Beispiel zur fairen Bezahlung von Angestellten und Honorarkräften vorangehen. So müssen sie darauf hinwirken, dass Tarifverträge eingehalten, die damit verbundenen Anpassungen der Zuwendungen für öffentlich geförderte Institutionen und Projekte bei Tarifsteigerungen erfolgen sowie soziale Mindeststandards und die Zahlung von Mindesthonoraren bei der Fördermittelvergabe selbstverständlich sein sollten. Auch wenn die öffentliche Kulturförderung überwiegend in der Verantwortung der Länder und Kommunen liegt, werden wir uns für die Umsetzung dieser Prinzipien auf allen Ebenen von öffentlicher Kulturförderung einsetzen. Dort wo der Bund selbst Träger ist oder wo er öffentlichen und/oder privaten Trägern (mittelbar oder unmittelbar) Zuwendungen zukommen lässt, wollen wir, dass eine auskömmliche Honorierung von freiberuflichen Künstler*innen erfolgt. Wir machen uns für Mindesthonorare für Kulturschaffende, Ausstellungshonorare sowie eine erhöhte Förderungsdauer im Sinne einer besseren Planbarkeit stark. Nachvollziehbare und auf den branchenüblichen, konkreten Arbeitszeitaufwand bezogene Honorarempfehlungen der Berufs- und Fachverbände bzw. Gewerkschaften sollen dazu perspektivisch herangezogen werden; die Erstellung von solchen Empfehlungen und die damit eventuell verbundene Qualifizierung der Berufs- und Fachverbände bzw. Gewerkschaften wollen wir unterstützen. Des Weiteren werden wir die Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechts prüfen. Dies heißt aber auch, dass die Etats bzw. Zuwendungen entsprechend angepasst werden müssen, um keinen Einbruch von Kulturproduktion zu haben.<br><br>Flexiblere Beschäftigungsstrukturen, veränderte Erwerbsbiografien und die schwierigen Einkommensverhältnisse machen es freiberuflichen Kulturschaffenden zunehmend schwer, Risiken von Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit abzufedern und für das Alter vorzusorgen. Deshalb wollen wir Solo-Selbstständige möglichst umfassend in die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbinden. Spezifische Versorgungssysteme, die einen der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbaren Leistungsumfang bieten, wie die Künstlersozialkasse, sollen davon ausgenommen werden. Mit der Künstlersozialversicherung hat die SPD vor 35 Jahren eine tragfähige, spezifische Sozialversicherung geschaffen, die einerseits der besonderen Schutzbedürftigkeit von Künstler*innen Rechnung trägt und andererseits solidarisch über die Finanzierung durch die Kulturschaffenden, die Verwerter und durch den Staat ausgestaltet ist. Die SPD steht zu diesem System. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialkasse durch die Kulturschaffenden, die Verwerter und durch den Staat ist für die SPD nicht verhandelbar. | Die SPD begrüßt und unterstützt, dass es auf Bundesebene vielfältige Förderungen gibt, die das Musikleben in Deutschland bereichern. Die Förderungen zielen auf Einzelkünstler wie Klangkörper, auf künstlerischen Spitzennachwuchs wie auf Laienmusik, auf nationale und internationale Veranstaltungen, auf Festspiele, Institutionen und Dachverbände ab. All das fördert ein reichhaltiges musikalisches Leben und vielfältige Musikszenen in Deutschland und schafft damit auch den Boden für eine funktionierende Musikwirtschaft. Die SPD unterstützt auch eine Verstetigung der Mittel der Initiative Musik. Die Initiative Musik hat sich als zentrale Fördereinrichtung bewährt und seit ihrer Gründung bereits über 1400 Spielstätten, Künstler-, Kurztour- und Infrastrukturprojekte gefördert. Die SPD hat gemeinsam mit dem Koalitionspartner den Etat der Initiative Musik in den letzten Haushaltsverhandlungen mit zusätzlichen 4,1 Millionen Euro mehr als verdoppelt.<br>Zudem haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode sehr stark für eine Verbesserung der Bundesförderung für Jazz und improvisierte Musik eingesetzt und nachhaltige Erfolge verzeichnen können. So konnte mit der Schaffung des Musikfonds zur Förderung zeitgenössischer Musik, der mit 1,1 Millionen Euro aufgelegt wurde, eine Förderlücke geschlossen werden. Damit wurde in besonderer Weise ein Instrument geschaffen, mit dem Musik gefördert werden kann, die nicht primär wirtschaftlich ausgerichtet ist und auch einen Fokus auf die Vermittlung zeitgenössischer Musik legt. Die SPD unterstützt ebenso Instrumente wie die Durchführung einer Jazzstudie. Dadurch können Probleme im Bereich von Jazz und improvisierter Musik sichtbar gemacht werden und Förderlücken geschlossen werden. | Im Bereich der Spielstätten konnte die SPD in der vergangenen Legislaturperiode viel erreichen: Neben der Verdoppelung der Mittel des Spielstättenprogrammpreises APPLAUS auf 2 Mio. Euro, stieg der Etat der Initiative Musik gegenüber dem Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2017 u.a. mit 1,5 Mio. Euro für die Künstler- und Infrastrukturförderung und 1 Mio. Euro für ein weiteres Digitalisierungsprogramm für Musikclubs. Zusätzliche Gelder bekamen darüber hinaus das Reeperbahn Festival, die c/o pop in Köln, das Musicboard Berlin, die jazzahead! in Bremen und die Deutsche Rockmusik Stiftung für mehr Proberäume für Musikerinnen und Musiker. Diese Erfolge gilt es fortzusetzen. | Kunst und Kultur sollen allen Menschen zugänglich sein. Für uns Sozialdemokrat*innen ist Teilhabe ein entscheidender Grundsatz, gerade auch in der Kulturpolitik. Mit Blick auf die Kulturelle Bildung setzen wir uns für das lebenslange Lernen ein. Unser Ziel ist es, die bisher stark segmentierten Bildungsbereiche zu verzahnen und Kindertagesstätten, Schul-, Berufs- und Hochschulbildung sowie allgemeine und berufliche Weiterbildung zu einem aufeinander aufbauenden und vor allem durchlässigen Gesamtsystem zu integrieren. Im schulischen wie außerschulischen Kontext muss Kulturelle Bildung noch stärker als bisher verankert werden. Wir fordern eine bundesweite Initiative zur Stärkung künstlerischer Fächer im Schulunterricht und zur Abwehr von Spar- und Kürzungstendenzen für diesen Bereich. Schülerinnen und Schüler profitieren nachweislich von solchen kulturellen Impulsen, gerade mit Blick auf ihre Persönlichkeitsentwicklung. Dies gilt selbstverständlich auch für den Jazz und improvisierte Musik.<br><br>Diese Initiative macht einerseits eine deutliche Veränderung von Curricula, Stundentafeln und Unterrichtszeiten notwendig. Andererseits setzt es eine Projektorientierung und Kooperationsvereinbarungen mit den Kulturbetrieben voraus. Nicht zuletzt im Ganztagsschulbereich muss die Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern intensiviert werden. In dieser Hinsicht ist das von der Bundeskulturstiftung gestartete Programm „Kulturagenten für kreative Schulen" vorbildlich und muss verstetigt sowie in die Fläche gebracht werden.<br><br>Wir wollen entschieden daran arbeiten, dass die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an kulturellen Bildungsangeboten keine Frage des Geldbeutels der Eltern ist. Musisch-kulturelle Bildungsangebote sollen jedem Kind und allen Jugendlichen – gleich welcher sozialen oder ethnischen Herkunft – offenstehen und Partizipation an eigener kreativer Praxis ermöglichen. Die SPD wird die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken. Die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpakte werden wir auch nach 2019/20 erhalten und in eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung überführen. Wir wollen die neuen Möglichkeiten im Grundgesetz nutzen und in diesem Sinne gemeinsam mit den Ländern und der Wissenschaft die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken. Junge Talente sollen ihren Weg in der Wissenschaft gehen können. Deshalb wollen wir den Hochschulen Anreize für verlässliche Karrierewege geben. Unser Ziel ist es, Befristungen deutlich zu verringern, Gleichstellung in der Wissenschaft zu verankern und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Darüber hinaus werden wir uns auch für verlässliche Beschäftigungsbedingungen für studentische Hilfskräfte einsetzen. | Ein House of Jazz wäre ein wichtiger Schritt, den Jazzstandort Deutschland international zu bekräftigen. Eine zentrale Jazzstätte wie ein House of Jazz, die zugleich als Konzerthaus und Produktionsstätte fungiert und darüber hinaus den Jazzstandort und die internationale Reputation stärkt, wäre ein wünschenswerter und wichtiger Schritt.<br>Eine Grundlage ist mit dem gemeinsamen Konzeptpapier geschaffen worden. Allerdings muss aus unserer Sicht insbesondere die Standort- und Finanzierungsfrage mit allen beteiligten Akteuren noch umfassend geklärt werden. |
| BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN | Wir setzen uns in allen Kunstformen für größtmögliche Vielfalt ein und wollen insbesondere auch jene Richtungen unterstützen, die auf dem Markt nicht ohne weiteres bestehen können. Die deutsche Jazzszene ist ohne Frage eine der lebendigsten in Europa. Die herkömmliche Unterscheidung zwischen E- und U-Musik sollte bei der öffentlichen Förderung keine Rolle spielen. Gerade im Jazz und in der Improv-Musik gibt es neben eingängigeren Interpreten viele Musikerinnen und Musiker, deren Musik vielleicht nicht so leicht zu „verdauen" ist. Hier setzen wir uns für kulturelle Bildungsangebote - gerade auch für Kinder und Jugendliche - ein, in welchen die lange und turbulente Geschichte des Jazz vermittelt wird. | In unserem Positionspapier „Grüne Impulse zur Soloselbstständigkeit in der Kreativwirtschaft"[3] haben wir konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Lage von Kreativschaffenden in verschiedenen Bereichen gemacht: Wir wollen den Zugang zu Fördergeldern erleichtern, Gelder für Interessenvertretung und Vernetzungsaktivitäten von Berufsverbänden zur Verfügung stellen und die freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige weiter öffnen. Und vor allem wollen wir die Statusfeststellungsverfahren so verbessern, dass es kein Problem mehr ist, mal angestellt, dann wieder selbstständig tätig zu sein. | Schon 2016 haben wir in unseren Antrag „Urheberinnen und Urheber stärken – Urhebervertragsrecht reformieren" (Drucksache 18/7518) dargestellt, wie wir die schwächere Stellung der Urheberinnen und Urheber sowie der ausübenden Künstlerinnen und Künstler gegenüber ihren Vertragspartnern, den Verwertern und Werkmittlern, verbessern und somit eine höhere Vergütung kreativer Arbeit erreichen wollen.<br><br>Auch nach der Gesetzesreform der großen Koalition bleibt hier noch viel zu tun. Insbesondere muss das Schlichtungsverfahren für gemeinsame Vergütungsregeln zu einem bindenden Ergebnis führen. Die Klagebefugnis für Urheberverbände muss auch gegen Verwerter wirksam werden, die einer branchenweiten Vergütungsregel nicht freiwillig beigetreten sind.<br><br>Wir sprechen uns ausdrücklich für branchenspezifische Mindesthonorare aus und wollen diese insbesondere bei Veranstaltungen durchsetzen, die öffentliche Fördergelder erhalten. Initiativen aus der Szene selbst wie die „Willenserklärung von Musikern und Veranstaltern" im Jazz unterstützen wir in diesem Zusammenhang ausdrücklich. Wir sehen hier aber beispielsweise auch den von Beiträgen der Bürgerinnen und Bürger finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Pflicht. | Eigentlich ist es einfach: Die Honorare müssen so hoch sein, dass sie für eine angemessene Altersvorsorge ausreichen. Viele Kreative haben jedoch das Problem, dass sie aufgrund geringen Einkommens zu wenig in die Rentenversicherung einzahlen. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, in die alle einzahlen. Die Beiträge sollen dabei weitgehend flexibilisiert und entsprechend des individuellen Einkommens bemessen werden. Zudem wollen wir die Möglichkeit eröffnen, in allen Phasen des Lebens in die Rentenversicherung einzuzahlen, ob man nun gerade angestellt, selbstständig tätig oder vorübergehend arbeitslos ist. Unsere grüne Garantierente sieht vor, dass Versicherte, die mindestens 30 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben – wobei Zeiten der Arbeitslosigkeit oder für Kindererziehung einbezogen werden sollen -, einen Anspruch auf eine gesetzliche Rente haben sollen, die oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegt. Davon würden auch diejenigen profitieren, die über die Künstlersozialkasse abgesichert sind, da auch die KSK Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlt. | Der Musikfonds, der auf Anregung der Staatsministerin für Kultur und Medien gegründet wurde, geht sicherlich in die richtige Richtung – ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Für uns ist es wichtig, dass innovative (und oft unbekanntere) Künstlerinnen und Künstler aus dem Avantgarde- und Undergroundbereich von den Fördermaßnahmen profitieren. Was neue Instrumente betrifft, wollen wir, dass die Beratung für Künstlerinnen und Künstler, kleine Labels und Veranstalter verbessert und ausgebaut wird, damit diese sich besser im „Förderdschungel" zurechtfinden können. | Live-Konzerte ermöglichen besondere ästhetische Erfahrungen. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Spielstätten existieren – nicht zuletzt, weil Live-Auftritte entscheidende Einnahmequellen für Künstlerinnen und Künstler sind. Die Förderung von Spielstätten liegt vor allem in der Verantwortung der Kommunen. Gleichwohl ist der Spielstätten-Programmpreis des Bundes ein wichtiges Signal, das Anreize für Veranstalter setzt, künstlerisch anspruchsvolle Programme zu entwickeln. Seine Verstetigung halten wir deshalb für wünschenswert. | Wir halten es für wichtig, dass an Schulen möglichst viele Musikstile vermittelt werden. Jazz und Improv-Musik sollten dabei selbstverständlich nicht zu kurz kommen. Prekäre Arbeitsverhältnisse an Musikschulen und Hochschulen hängen vor allem mit Sparzwängen der öffentlichen Haushalte zusammen. Aus unserer Sicht muss es jedoch für alle Profimusiker und -musikerinnen, die an Schulen oder Hochschulen lehren ohne fest angestellt zu sein, Honoraruntergrenzen geben. Der Bund sollte hier eine Vorbildfunktion wahrnehmen und auf alle aus dem Kulturetat geförderten Einrichtungen dahingehend einwirken, dass die dort beschäftigten Künstlerinnen und Künstler nach den aktuellen Tarifen des öffentlichen Dienstes entlohnt werden bzw. branchenspezifische Mindesthonorare erhalten. Außerdem muss die Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen gewährleistet sein. | Nach den Unstimmigkeiten im Vorfeld halten wir das nun vorliegende Kompromisspapier für eine tragfähige Grundlage für den weiteren Prozess. Das „House of Jazz" sollte kein reines Prestigeprojekt werden, sondern ein Ort der Vielfalt und der Kollaboration. Für uns ist es deshalb wichtig, dass nicht alle Gelder in das hauseigene Ensemble fließen, sondern in den Planungen auch kleinere Projekte, Proberäume etc. ausreichend Berücksichtigung finden. Unterschiedlichste, auch radikalere Spielarten des Jazz sollten im „House of Jazz" ihren Ort finden. Grundsätzlich hoffen wir, dass die in Kleinstszenen zersplitterte Jazz-Szene dort einen zentralen Ort des Austauschs findet. |
| Freie Demokraten FDP | Jazz und improvisierte Musik sind ein wichtiger Teil der deutschen Musik- und Kulturlandschaft. Sie tragen ein großes Erbe in sich, entwickeln sich auch heute beständig fort, und inspirieren jeden Tag zahlreiche Menschen – nicht nur Musikerinnen und Musiker. Längst sind diese musikalischen Formen auch im „klassischen" Kanon der Musik angekommen. Bei aller Anerkennung liegt es uns Freien Demokraten jedoch fern, künstlerischen Ausdrücken eine Wertigkeit zuzuschreiben – wir setzen uns hingegen für alle Formen kulturellen und künstlerischen Ausdrucks ein. | Wir Freie Demokraten erkennen an, dass das aktive Kulturleben in Deutschland zuallererst auf den hier tätigen Künstlerinnen und Künstlern basiert. Dazu gehören selbstverständlich auch die Jazzmusikerinnen und -musiker. Daher wollen wir die etablierten Instrumente zur sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern, wie die Künstlersozialkasse, fortlaufend weiterentwickeln und zukunftssicher machen. Mit Blick auf das Arbeitslosengeld I wollen wir prüfen, wie die soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit für überwiegend kurzzeitig befristete Beschäftigte, insbesondere auch für Kulturschaffende, verbessert werden kann. | Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Arbeit fair entlohnt wird. Dabei setzen wir auf freie Verhandlungen zwischen Akteuren des Marktes, also in Ihrem Fall zwischen Veranstaltern und den Musikerinnen und Musikern. Mindestgagen lehnen wir daher ab. Dies darf jedoch nicht zu Ausbeutung oder Selbstausbeutung führen. Auch Künstlerinnen und Künstler, die bei öffentlichen oder öffentlich geförderten Veranstaltungen auftreten, gilt es angemessen zu vergüten. Öffentliche Auftraggeber und Förderer können hier eine Vorbildfunktion übernehmen. | Die Möglichkeiten zu einem flexiblen Wechsel zwischen Anstellung, Selbstständigkeit und Unternehmertum mehren sich. Die immer bunter werdende Realität in der Arbeitswelt erfordert auch mehr Flexibilität bei der sozialen Absicherung - insbesondere auch in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Daher wollen wir die etablierten Instrumente zur sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern, wie die Künstlersozialkasse, fortlaufend weiterentwickeln und zukunftssicher machen.<br>Wir Freie Demokraten sind der Meinung, dass jeder Mensch sich seine Altersvorsorge flexibel zusammenstellen sollte, damit sie zum individuellen Lebensweg passt. Allerdings muss sie so ausgelegt sein, dass im Alter niemand unter die Armutsgrenze fällt. Aus diesem Grund sollen auch Selbstständige künftig über eine Basisabsicherung für das Alter vorsorgen. Dies soll zu einer Absicherung oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen. Alle Selbstständigen, die nicht Pflichtmitglied in einem berufsspezifischen Alterssicherungssystem sind, sollen dabei die Freiheit haben, ihre Vorsorgeform selbst zu wählen. Da hierzu auch private, auch aktienbasierte Vorsorge gehört, muss hier künftig jeder gleich gefördert werden – egal ob angestellt oder selbstständig.<br>Für Selbstständige wollen wir zudem durch Positiv-Kriterien Rechtssicherheit schaffen, indem das Vorliegen eines einzelnen oder einer Kombination von mehreren Kriterien eine Selbstständigkeit sichergestellt nachweisbar macht. | Die Kulturhoheit liegt bei den Ländern. Bei diesen liegt dementsprechend die vorderste Verantwortung, die Vielfalt des musikalischen Lebens in unserem Land zu fördern und zu unterstützen. Durch die Berliner Festspiele und dem dort verorteten Jazzfest wird diese Form der Musik auch durch den Bund prominent gefördert. Der 2016 durch den Bund gegründete Musikfonds e.V. mit einem Etat von 1,1 Mio. Euro steht auch dem nicht-kommerziellen Jazz offen. Die Initiative Musik fördert Jazzmusiker direkt. Weitere Unterstützungsmöglichkeiten bestehen durch die Kulturstiftung des Bundes. Eventuell vorhandene Förderlücken wollen wir ermitteln. | Wir Freie Demokraten verstehen das Engagement des Bundes für Kunst und Kultur als Ergänzung zu den Verpflichtungen der Länder und Kommunen. Daher präferieren wir eine Projektförderung, wie sie etwa durch die Kulturstiftung des Bundes erfolgt, gegenüber einer unmittelbaren Förderung von Spielstätten. Den Spielstättenprogrammpreis wollen wir aber fortführen und verstetigen. | Wir Freie Demokraten begrüßen es, wenn im Schulunterricht eine möglichst breite Vielfalt der gängigen musikalischen Ausdrücke unserer Gesellschaft vorgestellt wird. Dazu gehört unstrittig auch der Jazz.<br>Die allgemeinbildenden Schulen, öffentlichen Musikschulen und die Hochschulen liegen in der Verantwortung der Länder und Kommunen. Konkrete Lösungsansätze für die vorgetragenen Probleme werden wir daher auf Ebene der Länder und Kommunen begleiten. Dort haben unsere Kultur- und Bildungspolitiker stets auf die Verbesserung der Finanzierung von Musikschulen und Hochschulen hingewirkt, was sich unmittelbar auf die Gehälter der Unterrichtenden auswirkt. | Wir Freie Demokraten präferieren auf Bundesebene grundsätzlich die projektbezogene gegenüber einer institutionellen Förderung. Eine Anschubfinanzierung für ein House of Jazz wollen wir prüfen, sehen aber nicht die Möglichkeit einer dauerhaften Unterstützung des Vorhabens durch den Bund. Auch hierbei verweisen wir wieder auf die grundsätzliche Zuständigkeit der Länder und Kommunen. |
| DIE LINKE. | DIE LINKE steht für einen breiten Kulturbegriff, der alle künstlerischen Ausdruckformen einschließt – zu dieser Vielfalt gehört auch der Jazz und die improvisierte Musik. Uns geht es darum, gerade die Kunstformen zu stärken, die sich am Markt nicht durchsetzen können. Denn Kultur und Kunst ermöglichen Kommunikation und Verständigung, Identität und Inklusion, Bildung, Freiheit und Selbstvergewisserung. Phantasie und Kreativität zeigen auf, dass wir uns mit der Realität nicht abfinden müssen, sondern sie gestalten können. Dazu gehören eine lebendige Auseinandersetzung mit dem vielfältigen kulturellen Erbe und die Neugier auf Neues.<br>DIE LINKE tritt für eine demokratische Kultur ein, in der alle in Deutschland Lebenden, unabhängig von ihrer sozialen, regionalen oder ethnischen Herkunft, ihre kulturelle Identität finden und ausdrücken können. Wir werden das kulturelle Leben fördern in allen Milieus und Regionen, in Metropolen und in ländlichen Räumen, in Kulturinstitutionen und freier Szene, als Basis für die Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft. Wir wollen die Vielfalt des kulturellen Lebens und allen Menschen die Teilhabe an Kultur und Partizipation ermöglichen. | *Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.* Grundsätzlich hat DIE LINKE ihre Position zu Fragen der Arbeitsbedingungen, Vergütung und sozialen Absicherung in dem Positionspapier »Gute Arbeit« für (Solo-) Selbstständige in der Kultur- und Kreativwirtschaft dargelegt.[4] Kreative und Solo-Selbstständige müssen von ihrer Arbeit leben können! Die öffentliche Hand hat eine Vorbildfunktion. Deswegen wollen wir die Verwendung öffentlicher Gelder an soziale Mindeststandards und Gendergerechtigkeit koppeln. Projekte müssen sozialverträglich kalkuliert und Tarif- und Mindestlöhne bzw. angemessene Honorare gezahlt werden - auch bei öffentlich geförderten Spielstätten und Festivals. Um einem ruinösen Preiswettbewerb unter Solo-Selbstständigen entgegen zu wirken und um Armut von prekären Selbstständigen zu bekämpfen, wollen wir branchenspezifische Mindesthonorarregelungen schaffen, die bundesweit gelten. Kreative brauchen gegenüber ihren Auftraggebern Verhandlungsmacht. DIE LINKE fordert u.a. ein durchsetzungsstarkes Urhebervertragsrecht. Dies hat DIE LINKE in einem Entschließungsantrag zur Novelle des Urhebervertragsrechts 2016 ausgeführt. | *siehe Frage 2* | DIE LINKE fordert: Die Künstlersozialkasse muss erhalten und ausgeweitet werden. Wir wollen neu entstandene Tätigkeitsfelder einbeziehen und den Bundeszuschuss erhöhen.<br>Um soziale Gerechtigkeit für alle herzustellen, will DIE LINKE die sozialen Sicherungssysteme an die Veränderungen in der Arbeitswelt anpassen.<br>DIE LINKE will Sorgearbeit und Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie besser in die soziale Sicherung einbeziehen. DIE LINKE steht für eine soziale Sicherung, die statusunabhängig ist. Auch Selbstständige haben ein Anrecht auf Ausgleichzahlungen im Krankheitsfall, Kinderkrankengeld und bei Mutterschutz. Hier müssen die Auftraggeber in die Pflicht genommen werden.<br>DIE LINKE will Solo-Selbstständige in die Erwerbslosen-, Gesundheits-, Renten- und Pflegeversicherung einbeziehen. Dies darf nicht dazu führen, dass Solo-Selbstständige ergänzend Mindestsicherung in Anspruch nehmen müssen.<br><br>DIE LINKE will eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle – auch für Selbstständige. Das bedeutet, dass in einem ersten Schritt alle Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert werden. Dabei werden Mindestbemessungsgrenzen ersatzlos abgeschafft und das tatsächliche Einkommen zur Beitragsbemessung herangezogen.<br>DIE LINKE will die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle Erwerbstätigen – auch für Selbstständige – ausbauen.<br>Der erste Schritt auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung ist für uns, dass alle bisher nicht in einem obligatorischen Altersvorsorgesystem abgesicherten Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Selbstständige erhalten die Möglichkeit, die Beiträge an ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit anzupassen. Es ist eine Minderung der Beitragslasten vorzusehen, wenn es wirtschaftlich nicht gut läuft.<br><br>Wir wollen geringe Rentenansprüche durch eine verbesserte Rente nach Mindestentgeltpunkten aufwerten sowie eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von 1 050 Euro netto einführen. | DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Förderprogramme des Bundes besser mit Landesprogrammen verzahnt werden können.<br>Wir wollen die Kulturförderfonds – darunter fällt auch der neu geschaffene Musikfonds - bedarfsgerecht ausstatten und sie als zentrales Instrument der freien Szene stärken.<br>DIE LINKE tritt zudem dafür ein, die Förderung der Initiative Musik nach der Bundestagswahl fortzusetzen und zwar mindestens im bisherigen Umfang.<br>Die Förderinstrumente der Initiative Musik, sei es die Struktur- oder die Künstlerförderung oder auch die Kurztourförderung sind in den letzten fünf Jahren zu einem wichtigen Baustein innerhalb der verschiedenen Fördermöglichkeiten für Musiker und Musikerinnen geworden.<br><br>DIE LINKE fordert, bundesweit ausreichend effektiv verwaltete, bezahlbare und an die Bedarfe der Jazz-Musiker*innen angepasste Probe- und Übungsräume zu schaffen. Darüber hinaus wollen wir Austauschprogramme mit Künstler*innen und zwischen Spielstätten und Institutionen fördern, ebenso wie klassische Residenzmodelle. Hierbei ist vorstellbar, dass bestehende Projekte des DAAD erweitert werden.<br><br>DIE LINKE fordert zudem, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem Kulturauftrag adäquat gerecht wird – dies bezieht sich sowohl auf die Darstellung der Vielfalt verschiedener Genres und Musikstile als auch auf die Programmplätze für redaktionelle Musiksendungen. | Gerade im Bereich der Infrastruktur und hier konkret im Bereich der Spielstätten bestehen nach wie vor Defizite. Diese betreffen sowohl die Programm-Qualität als auch die wirtschaftliche Situation der Bühnen. Ein bundesweites Netz engagierter Spielstätten ist aber die Grundlage für kulturelle Vermittlung wie auch Lebensgrundlage vieler Künstler.<br>Für den Jazz ist die Live-Performance zentrale Grundlage. Jazz-Musiker agieren zwischen gängigen Kategorien wie U- und E-Musik und leben vorrangig von der Live-Performance. Sie sind auf eine lebendige und wirtschaftlich funktionierende Spielstätten- Landschaft in Deutschland angewiesen.<br>DIE LINKE setzt sich insofern für eine Verstetigung der Bundesmittel für den Spielstätten-Programmpreis APPLAUS in Höhe von 2 Millionen Euro ein. | DIE LINKE tritt für den Erhalt und Ausbau der Einrichtungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge im Kultur- und Bildungsbereich ein. Wir wenden uns gegen einen Rückzug des Staates aus der Kulturfinanzierung, gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, gegen strukturelle Unterfinanzierung und Personalabbau, wie er bei den Musikschulen seit Jahren zu beobachten ist. So ist eine Sicherung der musikalischen Bildung nicht möglich. Wir brauchen eine Konsolidierung und dauerhafte Absicherung der Kultur- und Bildungsstätten.<br>Wesentlicher Ausgangspunkt ist die Schule, denn dort wird jedes Kind und jede/r Jugendliche erreicht. Daher plädiert DIE LINKE für das Modell des längeren gemeinsamen Lernens und eine flächendeckende Einrichtung von Ganztagsschulen, die ein breites Angebot außerunterrichtlicher Bildung vorhalten sollen. Innerhalb der Lehrpläne für das Fach Musik sollte im Sinne eines ausgewogenen Bildungsangebots natürlich auch Jazz und improvisierte Musik enthalten sein.<br>Kulturelle Bildung braucht Zeit, die notwendige personelle und sächliche Ausstattung und auch die dafür geeigneten Räume. Schulen brauchen Räume für musikalische Bildung und den Zugang zu Instrumenten, die den Schülerinnen und Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir brauchen mehr Investitionen in die Gebäude, in Sanierung, in den Ausbau und die Neueinrichtung.<br>Der Unterricht an Ganztagsschulen ist zeitlich so auszugestalten, dass der Besuch der öffentlichen Musikschulen für die Schülerinnen und Schüler am Nachmittag möglich bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass Kindern und Jugendlichen die Begegnung mit Musik kostenfrei gewährleistet werden kann. Dazu muss es Kooperationen mit Musikschulen geben.<br>In den letzten Jahren haben sich die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an den öffentlichen Musikschulen dramatisch verschlechtert. Vollzeitarbeitsstellen wurden abgebaut. Vormals unbefristet beschäftigte Lehrer wurden in allen Ländern in zunehmendem Maße durch Honorarkräfte ersetzt. Die Qualität und Kontinuität der Arbeit dieser wichtigen Bildungsstätten gerät dadurch in Gefahr. Wir wollen 100.000 unbefristete Stellen schaffen bzw. befristete Stellen entfristen. Das Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches Personal unterhalb der Professur wollen wir abschaffen. Eine langfristige qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit an den Musikschulen ist nur mit fest angestellten Lehrkräften möglich. Der Anteil der Honorarlehrkräfte bzw. der Jahreswochenstunden sollte einen Anteil von 20 Prozent nicht übersteigen. | DIE LINKE setzt sich für eine zentrale Spielstätte für den Jazz in Berlin ein. Das inzwischen vorliegende Kompromisspapier, welches gemeinsam mit der Beauftragten für Kultur und Medien, den Bundesverbänden und der IG Jazz Berlin auf der Grundlage des Konzeptpapiers „Ein Haus für die Musik des 21. Jahrhunderts" von der IG Jazz Berlin erarbeitet wurde, kann dabei eine tragfähige Grundlage für den weiteren Prozess darstellen.<br>Für DIE LINKE wesentlich ist, dass ein „House of Jazz" kein reines „Leuchtturmprojekt" der Bundeskulturpolitik werden sollte, sondern ein Projekt, das Bund, Land und die Jazz-Szene gemeinsam entwickeln, im Sinne eines Hauses, das Produktion und Präsentation miteinander verbindet. An erster Stelle steht aus unserer Sicht hierbei kein neues Ensemble, sondern Proberäume und Aufnahmeräume, Residenzprogramme und Vermittlung, Konzertsäle und Orte der Begegnung. Eine zentrale Spielstätte in Berlin sollte ein Ort für die international bekannte Berliner Jazz-Szene sein, genauso wie für die unterschiedlichsten, internationalen Spielarten des Jazz, innovativ, genreübergreifend, improvisierend. Die Anbindung an die Jazz-Szene der Stadt ist dabei genauso grundlegend wie Kooperationen mit anderen Spielstätten innerhalb Deutschlands und weltweit.<br>DIE LINKE befürwortet dabei gerade den Charakter einer solchen Spielstätte im Sinne der „Musik des 21. Jahrhunderts" – d.h. für den gesamten Bereich der aktuellen Musik, von experimenteller Elektronik, der zeitgenössischen komponierten Musik, der Multimedia-Performance und Sound Art bis hin zum Musiktheater. |

1 www.jazzstudie.de
2 http://www.u-d-j.de/ziele/willenserklarung/
3 https://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/Kreativwirtschaft.pdf
4 https://www.linksfraktion.de/themen/positionspapiere/detail/gute-arbeit-fuer-solo-selbststaendige-in-der-kultur-und-kreativwirtschaft/